

## Anfragen zum Plenum in der 39. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen konkreten Eröffnungsterminen sie derzeit für die geplanten Bahnhaltepunkte Heidingsfeld-Ost und Heidingsfeld-West ausgeht, wo die Gründe dafür liegen, dass sich die Eröffnungstermine so lange verzögern und was sie konkret unternimmt, um möglichst frühzeitige Eröffnungen zu ermöglichen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge von Kommunen sind seit Inkrafttreten der Förderrichtlinie zum DigitalPakt Schule („Richtlinie zur Förderung der digitalen Bildungsinfrastruktur an bayerischen Schulen“ – dBIR) gestellt worden, kann man schon absehen, welche Bereiche besonders nachgefragt sind, und wie viele Anträge beziehen sich auf Folgeprojekte schon begonnener Maßnahmen?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die exakte Personalstärke für die Polizeiwache in Selb seit Oktober 2016 eingeplant und wie hoch ist die tatsächliche aktuelle Personalstärke?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da Ministerpräsident Dr. Markus Söder kürzlich bei der Vorstellung des eigenen Klimakonzepts auch das Entstehen eines Zentrums für Klimaresilienz- und Klimafolgenforschung in Augsburg angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, in welchem Zeitraum ein solches Zentrum entstehen soll (bitte Stellen- und Finanzetat mit angeben), welche Aufgabenfelder es konkret haben wird und ob diesbezüglich bereits Gespräche mit kommunalen Akteuren wie Vertretern der Stadt Augsburg geführt wurden?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Weil der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Bayern, gerade im ländlichen Raum, erhebliche Mängel bei der Abdeckung und der Taktichte aufweisen, sodass sie oft keine praktikable Alternative zum Autofahren bieten, frage die Staatsregierung, wie viele Sondergenehmigungen zur unbegleiteten Pkw-Nutzung zur Ausbildungsstätte haben minderjährige Azubis in den vergangenen zehn Jahren in Bayern beantragt (aufgelistet nach Landkreisen und kreisfreien Städten), wie vielen dieser Anträge wurde stattgegeben (bitte Begründungen mit angeben und ebenfalls aufgelistet nach Landkrei-

sen und kreisfreien Städten) und wie viele landeseigene Haushaltsmittel (nicht Bundesmittel) hat Bayern in den vergangenen zehn Jahren in den ÖPNV investiert?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel betragen die umgeschichteten Gelder von 6 Prozent, die laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Umschichtung von 4,50 Euro pro Hektar betragen, in Summe für die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern, wie viel würden die maximal möglichen 15 Prozent Umschichtung in Relation dazu betragen und wie gedenkt die Staatsregierung die Gelder in der zweiten Säule (Programme, Maßnahme) zu verwenden, die sich aus der voraussichtlichen Erhöhung von 4,5 auf 6 Prozent ergeben?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand betreffend den Lückenschluss der Bahnlinie Bayern – Thüringen in Richtung Werrabahn und wer wird ein Raumordnungsverfahren einleiten und finanzieren?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da das Artenschutzrecht die Fällung alter Streuobstbäume mit Baumhöhlen auch innerorts verbietet, wenn zu befürchten ist, dass wild lebende, geschützte Tiere (beispielsweise Fledermäuse) oder europäisch geschützte Vogel- und Käferarten mutwillig beunruhigt, verletzt, getötet oder ihre Lebensräume zerstört werden, frage ich die Staatsregierung, wie und durch wen dieser Sachverhalt kontrolliert wird und welche Ergebnisse die Kontrolle konkret bei der geplanten Fällung von Streuobstbäumen der Pfarrwiese von Estenfeld (Landkreis Würzburg; Flurstücknummer [REDACTED]) zugunsten von Parkplätzen erbracht hat?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 170 „Berater digitale Bildung“ in Bayern in Teilzeit arbeiten, wie viele Anrechnungstunden diese 170 Beraterinnen und Berater insgesamt haben und wie sich diese Anrechnungstunden auf die bayerischen Regierungsbezirke verteilen (bitte alle Fragen aufgeschlüsselt nach Medienpädagogischen Beraterinnen und Beratern – mBdB und Informationstechnischen Beraterinnen und Beratern – iBdB)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war der im Jahr 2018 erwirtschaftete Jahresüberschuss der GSB Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH und für welche Zwecke wurde dieser verwendet?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Nachdem sich durch die Erhöhung der Umschichtung im Zuge des Agrarpakets der Bundesregierung neue Möglichkeiten im Bereich der zweiten Säule ergeben, frage ich die Staatsregierung, welche zusätzlichen Mittel für das Jahr 2020 durch die Erhöhung auf sechs Prozent im Bereich der zweiten Säule generiert werden (aufgeschlüsselt nach EU-, Bundes- und Landesmitteln), welche Ziele verfolgt die Staatsregierung mit den zusätzlichen Mitteln und wie wird gewährleistet, dass die zusätzlichen Mittel für die freiwilligen Umweltleistungen der Landwirtschaft dauerhaft zur Verfügung stehen?

**Matthias Fischbach**

Ich frage die Staatsregierung, welche Gespräche bzw. Verhandlungen seit Beschluss des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und

- (FDP) SPD auf Bundesebene über den dort verankerten Nationalen Bildungsrat unter Beteiligung der Staatsregierung mit der Bundesregierung oder anderen Bundesländern stattfanden (bitte Teilnehmer, Datum und wesentliche Inhalte angeben), welche Haltung die Staatsregierung in den Gesprächen zum Nationalen Bildungsrat zu dort strittigen Punkten jeweils eingenommen hat (bitte auch Sachstand zu den Diskussionsergebnissen wiedergeben) und wie sie beabsichtigt sicherzustellen, dass dem bayerischen Bildungsniveau im nationalen Vergleich der Abschlusszeugnisse in Zukunft angemessen Rechnung getragen wird, wenn sie bundesweite Abschlussprüfungen so kategorisch ausschließt, wie es Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazzolo, in der jüngsten Vergangenheit getan haben?
- Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, hat es in den letzten Jahren Kerosinablässe über dem Münchner Südwesten, speziell über den Gemeinden Gauting, Stockdorf und Krailling gegeben, und wenn ja, wie oft gab es solche Ablässe und wann genau?
- Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung in Bezug auf die Aussage im Abschlussbericht vom Runden Tisch zum Artenschutz, in dem es heißt: „Die Bayerischen Staatsforsten beabsichtigen noch 2019 [...] einige Tausend Hektar zusätzlich aus der Nutzung zu nehmen, um Lücken zu schließen und so [...] im Steigerwald [...] das weitreichende Verbundsystem von Naturwäldern noch deutlich zu ergänzen.“, wurden im Steigerwald bereits hierzu geeignete Flächen identifiziert, gehören dazu auch Waldgebiete aus dem ehemaligen geschützten Landschaftsbestandteil „Hoher Buchener Wald“ sowie des Stollberger Forstes und wann 2019 (mit der Bitte um Angabe des voraussichtlichen Datums) die genauen künftigen zusätzlichen Naturwaldflächen öffentlich vorgestellt und entsprechend unter (Natur-)Schutz gestellt werden?
- Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, welche Richtlinien hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bezüglich des Umgangs mit den „Fridays for future“-Demonstrationen an seine Schulen ausgegeben, inwieweit dürfen engagierte Schülerinnen und Schüler im oder außerhalb des Schulgebäudes parteiunabhängig für die Demonstrationen werben und welchen Ermessensspielraum gibt es für das Direktorat bei Verstößen?
- Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil an der Gesamtzahl der an bayerischen Realschulen tätigen Seminarlehrkräfte wurde nach derzeitigem Stand bereits zum Seminarrektor (Besoldungsgruppe A 14) befördert und wie hat sich die Zahl der Seminarlehrkräfte, die in A 14 befördert wurden, in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte jeweils absolut und prozentual gemessen an der jeweiligen Gesamtzahl angeben)?
- Martin Hagen**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wie viele DELF Scolaire-Prüfungen wurden 2017 und 2018 an den bayerischen Realschulen durchgeführt, welche bayerischen Gymnasien haben in den Jahren 2017 und 2018 DELF Scolaire-Prüfungen eigenständig durchgeführt

und wie hoch ist die Gesamtzahl der an den Gymnasien durchgeführten DELF-Scolaire-Prüfungen bayernweit?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Pläne hat sie zur Fortführung des Mainfranken Theaters Würzburg als Staatstheater bzw. zu einer deutlichen Erhöhung des Finanzierungsanteils des Freistaates Bayern an den Betriebskosten des Mainfranken Theaters Würzburg und mit welchen zeitlichen und organisatorischen Schritten sollen diese nach Auffassung der Staatsregierung konkret umgesetzt werden?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Standorte für Windkraftanlagen (WKA) in Bayern sollen unter dem Vorzeichen der 10H-Regelung für neue WKA in den Fokus rücken (bitte regional so ortsgenau wie möglich angeben), in welcher Form will die Staatsregierung einen Ausgleich zwischen Bürgerinteressen, Naturschutz, 10H-Regelung und dringend erforderlichem Zubau an Windrädern schaffen und sollen in den nächsten zwei bis drei Jahren nun eher 100 (Aussage des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder) oder eher 300 WKA (Aussage des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger) zugebaut werden?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zur Absage der Krankenkasse des geplanten stationären Hospizes in Untermeitingen, würde sie das Hospiz bei einer Zusage aus den für Palliativmedizin eingeplanten Mitteln des Doppelhaushalts 2019/2020, wie in der Pressemitteilung vom 10.06.2019 „Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern schreitet weiter voran – Bayerns Gesundheitsministerin Huml: Jährlich stehen über zwei Millionen Euro zur Verfügung/Neuer palliativmedizinischer Dienst ist in Pfaffenhofen an der Ilm gestartet“ beschrieben, einplanen und falls nein, wie stellt die Staatsregierung im Angesicht des demografischen Wandels zukünftig die palliativmedizinische Versorgung im Landkreis Landsberg am Lech und des südlichen Schwabens sicher?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien lagen den Entscheidungen, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Rosenheim und die Hochschule für angewandte Wissenschaften Aschaffenburg in Technische Hochschulen umzubenennen, zugrunde, welches Gremium beziehungsweise welche Jury (bitte namentliche Nennung der Mitglieder) war am Auswahlprozess beteiligt und insofern es sich um ein offenes Ausschreibungsverfahren handelte, an dem alle bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften teilnehmen konnten, wie lautete das Ergebnis (bitte genaue Reihung der Hochschulen angeben)?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Lebensräume und Arten wurden im Bericht 2019 zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU für Bayern mit ungünstig-unzureichend oder ungünstig-schlecht bewertet, welche Lebensräume und Arten haben sich gegenüber dem Bericht 2013 verbessert oder verschlechtert und bei welchen Lebensräumen und Arten ist der Kenntnisstand immer noch „unbekannt“ (bitte jeweils getrennt für die kontinentale und alpine Region angeben)?

- Alexandra Hiersemann**  
(SPD) Vor dem Hintergrund der anhaltenden Verzögerung einer Deckensanierung der St 2401 OD Ochenbruck mit sog. Flüsterasphalt zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner frage ich die Staatsregierung, welche Mittel stehen dem zuständigen Staatlichen Bauamt Nürnberg für Sanierungen von Staatsstraßen im Jahr 2020 zur Verfügung, in welcher Höhe sind Haushaltsmittel für die überfällige Sanierung der St 2401 bei Ochenbruck mit einem „Flüsterasphalt“ vorgesehen und wann ist mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten zu rechnen?
- Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, ob sie Vorkehrungen für den Fall getroffen hat, dass es bis zum 31.12.2019 keine Einigung auf Bundesebene zur Reform der Grundsteuer gibt, wie eine solche Alternativlösung ausgestaltet ist und bis wann dann ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren in den Landtag spätestens eingeleitet werden soll?
- Annette Karl**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, ob die in der Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage vom 24.04.2019 betreffend „Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge“ (Drs. 18/2232) durchgeführte Prüfung durch die Staatsregierung mittlerweile abgeschlossen ist und wann die im Koalitionsvertrag angekündigte Initiative im Bundesrat erfolgt?
- Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen mit Behinderungen Eingliederungshilfe in Bayern beziehen und von der Trennung in Fachleistung und existenzsichernde Leistung (Bundesteilhabegesetz) ab 01.01.2020 betroffen sind (aufgeteilt in Regierungsbezirke und Landkreise), wie die betroffenen Personen über die Neuerungen durch das Bundesteilhabegesetz ab dem 01.01.2020 durch die Kostenträger informiert werden (postalisch, Informationsveranstaltungen, oder Ähnliches) und, falls Informationsveranstaltungen der Kostenträger stattfinden, welche Informationsveranstaltungen in den einzelnen Regierungsbezirken stattfinden (bitte Ort und Datum angeben)?
- Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe in Euro sind Ausgaben aus Tit. 821 01 „Erwerb von Grundstücken für Neugründung und Erweiterungen von Hochschulstandorten“ in Kap. 15 06 des Doppelhaushalts 2019/2020 für den Erwerb des Aurelis-Areals an der Brunecker Straße in Nürnberg für die neue Technische Universität Nürnberg bereits getätigt oder sollen noch getätigt werden und in welcher Höhe in Euro sollen Ausgaben für welche weiteren Grundstücke aus diesem Titel getätigt werden oder sind bereits getätigt?
- Sebastian Körber**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wo genau befinden sich die möglichen Standorte der 100 neuen Windkraftanlagen auf den Flächen der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) welche Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt hat, welche Standorte in Oberfranken kommen dafür infrage und wo befinden sich bei Einhaltung der 10H-Regelung bayernweit grundsätzlich noch mögliche Standorte für Windkraftanlagen (bitte Darstellung in einer Karte, insbesondere im Hinblick auf die Flächen der BaySF)?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele öffentliche E-Ladesäulen werden derzeit im Landkreis Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen angeboten (unter Angabe der aktuell betriebsbereiten Ladesäulen), wie viele Ladesäulen mussten wegen technischer Probleme oder Wartungsproblemen bereits abgebaut werden (bitte nach Standort aufschlüsseln) und welche Strategie verfolgt die Staatsregierung zum flächendeckenden Ausbau mit Ladesäulen in ländlichen Gebieten, um die Elektromobilität auch für Nutzerinnen und Nutzer mit vergleichsweise weiten Wegen attraktiver zu machen?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Stadt München ihren Lehrerinnen und Lehrern eine Handreichung zur Demokratieerziehung für den Unterricht ausgegeben hat und sie darin mit konkreten Praxisbeispielen über die Neutralitätspflicht nach § 33 Abs. 1 Beamtenstatusgesetz, das Verbot von politischer Werbung nach § 84 Abs. 2 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und die Möglichkeit einer Rechtsschutzhilfe durch die Stadt informiert, frage ich die Staatsregierung, ob das Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine Lehrerinnen und Lehrer in vergleichbarer, praxistauglicher Form über die Neutralitätspflicht unterweist und seine Lehrerschaft mit Rechtsschutzhilfe unterstützt, wenn sie in dienstlichem Zusammenhang in gerichtliche Verfahren wegen Verletzung der Neutralitätspflicht einbezogen werden oder sie selbst ihre Rechte geltend machen wollen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag anvisierten Stärkung des Ehrenamts und der besseren Unterstützung der Ehrenamtlichen „etwa durch regionale Ansprechpartner“ (Zitat Koalitionsvertrag, Seite 18), welche auch im Haushaltsplan unter dem Kap. 10 07 TG 85 mit 1,1 Mio. für 2019 und 2 Mio. für 2020 bedacht wurden, frage ich die Staatsregierung konkret zu dieser Formulierung und den veranschlagten Ausgaben, welche konkreten Maßnahmen plant sie bzw. sind bereits angelaufen, um das Ehrenamt in Bayern in diesem Kontext zu stärken (bitte beide Kategorien einzeln auflisten), wie verhindert die Staatsregierung, dass durch diese Initiativen auf kommunaler Ebene Doppelstrukturen zu den bereits prekär finanzierten Ehrenamtsstellen der Landratsämter oder freien Wohlfahrtspflege geschaffen werden, und steht sie mit den entsprechenden Ehrenamtsverbänden und -vereinen wie dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. (LBE) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen/-zentren und Koordinierungszentren bürgerschaftlichen Engagements lagfa Bayern e.V. in Kontakt, um deren Expertise mit einzubeziehen?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Gemeinde Pirk ein Grundstück an die Firma Constantia Pirk GmbH & Co. aufgrund einer geplanten Firmenerweiterung verkauft hat, weshalb eine teilweise Einbeziehung des Naabtalradweges erfolgte, während eine Ersatzlösung (Neubau einer Alternativstrecke) bisher an der Finanzierung scheiterte, da eine Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) nicht mög-

lich ist, frage ich die Staatsregierung, welche Fördermöglichkeiten für den Neubau einer Alternativstrecke stehen der Gemeinde Pirk auf Landesebene, auf Bundesebene und/oder europäischen Ebene zur Verfügung?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann und für wie viele der ehemals zur Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsbaugesellschaft (GBW) gehörigen Mietwohnungen in Bayern entfällt die Mietpreisbindung (bitte Angabe unterteilt nach Standorten)?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Standorten – einschließlich Flughäfen – hat die Bayerische Grenzpolizei seit dem 18.12.2018 selbstständig Kontrollen mit Identitätsfeststellungen direkt an der bayerischen Bundesgrenze durchgeführt (bitte unter Angabe der genauen Standorte der Grenzübergänge), finden diese Kontrollen an der bayerischen Bundesgrenze weiterhin statt (bitte unter Angabe der genauen Standorte und Kontrolltage in den letzten vier Wochen) und auf welchen Rechtsgrundlagen beruhen die Kontrollen an den genannten Standorten jeweils?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Hochschulen dazu verpflichtet sind, Notfallpläne bzw. Aktionspläne für Notfälle und Großereignisse auszuarbeiten, falls nein, welche Hochschulen sich dennoch solche Pläne gegeben haben und welche Maßnahmen diese Pläne beinhalten?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt es sich, dass das Sonderinvestitionsprogramm „Konversion von Komplexeinrichtungen“ laut Kabinettsbericht der Staatsregierung vom 03.09.2019 abweichend vom Doppelhaushalt 2019/2020 für dieses Jahr 12,2 Mio. Euro umfasst, aus welchen Bestandteilen (z. B. Haushaltstitel) setzt sich dieser Betrag konkret zusammen und in welcher Höhe werden die vier Konversionsprojekte in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Schwaben, Mittelfranken und Oberfranken jeweils gefördert?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Landkreise in Bayern haben im Rahmen der Verbändeanhörung zur Reform der Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen/Notrufen und angegliederten Interventionsstellen in Bayern gegen den Vorschlag der Staatsregierung, zwei Personalstellen pro sieben Frauen zu verankern, gestimmt, (bitte Auflistung der betreffenden Landkreise), welche Landkreise haben sich bei der Abstimmung im Rahmen der Stellungnahme des Landkreistags enthalten, und wie gedenkt die Staatsregierung nach der Einigung auf einen Personalschlüssel von 1,5 : 7 den Personalschlüssel auf den seitens der Staatsregierung als notwendig erachteten Schlüssel von 2 : 7 zu verbessern?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Vorgehensweise der Polizei bei einer Razzia in einer Unterkunft für Asylbewerber/Flüchtlinge in Rosenheim, bei der es zur Durchsuchung von Sachen in Zimmern von Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft (Öffnen und Durchsuchen eines Schrankes, Kühlschranks u. ä.) – offensichtlich

ohne richterliche Anordnung oder unter den Voraussetzungen von Gefahr im Verzug (Art. 24 Abs. 1 Polizeiaufgabengesetz – PAG) – gekommen sein soll (vgl. den Beitrag „Missachtet die Polizei das Grundgesetz?“ des Magazins „Kontraste“ am 05.09.2019 – <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-05-09-2019/illegale-durchsuchungen-polizei.html>), frage ich die Staatsregierung, ob sie die Rechtsauffassung vertritt, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in Asylbewerber-/Flüchtlings(gemeinschafts)unterkünften auf das Wohnungsgrundrecht nach Art. 13 Grundgesetz und Art. 106 Abs. 3 Bayerische Verfassung berufen können, auf welche Vorschrift(en) des PAG (bitte genaue Angabe der Vorschrift sich die Polizei beim Betreten von Zimmern von Bewohnern in Asylbewerber-/Flüchtlings(gemeinschafts)unterkünften – die Befugnis der Polizei, von Personen, Sachen und Zuständen, die ohne jeglichen Aufwand wahrgenommen werden können, Kenntnis zu nehmen (Augenscheinnahme), eingeschlossen – sowie beim Durchsuchen von Sachen, die sich in den Zimmern befinden, beruft und ob sie der Meinung ist, dass eine deutlichere Abgrenzung des Betretens einer Wohnung und der Augenscheinnahme vom Durchsuchen von Wohnungen nach dem Prinzip „nur ansehen, nicht anfassen“ im Gesetz oder in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über den Vollzug des Polizeiaufgabengesetzes erforderlich ist?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand der Verfahren, die im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Anhängern und Gegnern der AfD am Rand der Wahlparty der Partei in München vom 04.09.2016 eingeleitet wurden, wenn Verfahren nach § 154 Abs. 1 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt worden sein sollten, welche anderen Straftatbestände standen als Voraussetzung für die Anwendung des § 154 Abs. 1 StPO gegen den oder die Beschuldigten im Raum und welche Strafe bzw. Maßnahme der Maßregelung und Sicherung wurde hier jeweils ausgesprochen?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie die Auffassung, dass die Aussage eines Mitarbeiters einer Kommunalaufsichtsbehörde, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zur Frage, ob eine Gemeinde für das gesamte Gemeindegebiet eine Baumschutzverordnung erlassen soll oder nicht, seien grundsätzlich unzulässig, nicht richtig ist?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Neubürgerempfänge hat sie (aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren, in den letzten drei Jahren) veranstaltet, wie viele weitere Neubürgerempfänge (aufgeschlüsselt nach Ort und Termin) sind in dieser Legislaturperiode geplant und wie hoch sind die hierfür veranschlagten Kosten (bitte aufgeschlüsselt nach einzelnen Veranstaltungen)?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Anspruch haben bayerische Strafgefangene, welche ihre Arbeitspflicht nach Art. 39 i. V. m. Art. 43 Bayerisches Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) erfüllen, auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, werden Verlet-

zungen im Rahmen dieser Arbeit als Arbeitsunfälle anerkannt und wie bewertet die Staatsregierung die Folgen der aktuellen Regelungen bzw. Zustände?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern für Regionalflugplätze in Bayern Betriebspflichten bestehen, die weder eine Schließung noch eine Reduzierung der Flugbewegungen zulassen, ob es zutreffend ist, dass auf Regionalflugplätzen in Bayern auch weiterhin uneingeschränkt mit verbleiten Kraftstoffen geflogen werden darf und wie hoch nach Kenntnis der Staatsregierung die Defizite der bayerischen Regionalflughäfen im Jahr sind, die wiederum über die meist kommunalen Eigentümer ausgeglichen werden müssen?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat das Landesamt für Verfassungsschutz drei Deutsche aus Nürnberg, die von einer Eilgerichtsbarkeit in Bayonne zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt worden sind, als linksextreme Gefährder geführt und wenn ja, warum (bitte unter Nennung des Sachverhalts, der zu dieser Einschätzung geführt hat inkl. eventueller Vorstrafen) und haben bayerische Behörden daran mitgewirkt, die Namen der Betroffenen an die französischen Behörden zu übermitteln (bitte unter genauer Darstellung des Dienstwegs)?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Im Zusammenhang mit der Aussage des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher betreffend „Kampfmittelbeseitigung in Bayern“ (Drs. 18/761), dass sich die Kosten für Kampfmittelbeseitigung zwischen Grundstückseigentümer und Freistaat aufteilen, frage ich die Staatsregierung, ob die anfallenden Kosten für Rettungsdienst und Feuerwehr bei Evakuierungen (u. a. Verdienstausfälle, Lager, Küche, Notquartiere) von der jeweiligen Kommune getragen werden müssen, ob die Kommunen einen Anspruch haben, dies dem Grundstückseigentümer oder dem Freistaat in Rechnung zu stellen und ob der Freistaat Mittel zur Verfügung stellt, um sich über den Kampfmittelbeseitigungsdienst hinaus finanziell an Kampfmittelbeseitigungen zu beteiligen, insbesondere an Evakuierungen?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterstützt sie die Produktion von Heumilch und Weidemilch in Bayern (Förderung, wissenschaftliche Begleitung durch die Landesanstalt für Landwirtschaft – LfL), wie unterstützt sie Weidehaltung in der Bullenmast und Jungviehaufzucht (Förderung, wissenschaftliche Begleitung durch die LfL) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung zur Absatzförderung von regionalem Rind- und Kalbfleisch?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele britische Staatsbürgerinnen und -bürger wurden im Freistaat Bayern im Jahr 2018 sowie im Jahr 2019 eingebürgert (bitte nach Regierungsbezirk und Monat aufschlüsseln)?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Finanzmittelbedarf für die im Rahmen der Umsetzung des Begleitgesetzes zum

Volksbegehren Artenvielfalt vorgesehenen Erweiterungen des Kulturlandschaftsprogrammes sowie des Vertragsnaturschutzprogrammes, welche Maßnahmen werden neu in die Förderprogramme mit aufgenommen und ab wann stehen die Gelder zur Verfügung?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Hektar Fläche der Staatsbauverwaltung gibt es in Oberfranken, wie viel Hektar Fläche der Staatsbauverwaltung wurde im Jahr 2019 in Oberfranken in Blühwiesen umgewandelt und wäre eine naturnahe Pflege (zweimalige Mahd im Jahr mit Balkenmäher) für alle Flächen aus naturschutzfachlicher Sicht nicht wirksamer zum Schutz von Bienen und anderen Insekten als einzelne Blühwiesen?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele stationäre Pflegeplätze in Bayern durch das am 10.04.2018 durch das damalige Kabinett beschlossene Investitionskostenförderprogramm gefördert beziehungsweise neu geschaffen wurden (bitte aufgliedern nach Regierungsbezirken) und wie hoch die hierfür bisher aufgebraachte Fördersumme ist?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Führungspositionen (Behördenleitung – BL, Abteilungsleitung – AL, Sachgebietsleitung – SGL) wurden in den vergangenen zehn Jahren personell neu besetzt, in wie vielen Fällen haben sich Frauen beworben und sind letztlich einem männlichen Mitbewerber unterlegen (bitte jeweils jährlich aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk und Führungsfunktion BL, AL und SGL angeben) und wie beurteilt die Staatsregierung diese Entwicklung angesichts der gravierenden mangelnden Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird der Begriff „Region“ bei der Antragsstellung für das Förderprogramm zur Sicherung kleiner Geburtshilfestationen definiert, um festzustellen, ob die jeweilige Geburtshilfestation antragsberechtigt ist, und wie sieht das konkret für die Geburtshilfestation in Vilsbiburg aus?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Veranstaltung bzw. Gedenkfeier oder weitere Maßnahmen plant sie zum 75-jährigen Gedenken der Befreiung der Konzentrationslager (bzw. zum Kriegsende) im kommenden Jahr 2020?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Unter Bezugnahme auf die jüngst veröffentlichten Prognosen des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zur Energieversorgung 2018, wonach 2018 erstmals seit vielen Jahren die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zurückgegangen ist und gleichzeitig Bayern weit mehr als 10 Prozent seines Strombedarfs importieren musste, frage ich die Staatsregierung – auch im Hinblick auf die vom Berliner Klimakabinett gefassten Eckdatenbeschlüsse –, welche produzierte Strommenge sie für Bayern für das Jahr 2022 erwartet, welche produzierte Strommenge davon aus erneuerbaren Energien in Bayern sie für das Jahr 2022 erwartet und welche Importstrommenge sie für Bayern für das Jahr 2022 erwartet?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnheimplätze stehen in Bayern für Studierende und Auszubildende zur Verfügung und welcher Anteil aller Studierenden und Auszubildenden in Bayern wohnt in einem Wohnheim (bitte aufgeschlüsselt für gesamt Bayern, nach Regierungsbezirken und kreisfreien Städten)?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr ähnliche Fälle bekannt wie der Fall eines Biogasanlagenbetreibers aus der Oberpfalz, der sich ca. 7.600 Tonnen Hühnermist/Jahr aus Niedersachsen zur Beschickung seiner Biogasanlage bringen lässt, wie ist dieser „Gülletourismus“ in Einklang zu bringen mit dem Leitbild einer existenzfähigen bäuerlichen Landwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung und nachhaltiger Landbewirtschaftung, zu dem sich die Staatsregierung mündlich und schriftlich fortwährend bekennt, und wie schätzt die Staatsregierung eine mögliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Güllbörsen oder Festmisttransporte ein?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konzeption der „Machbarkeitsstudie für den Dokumentationsort zum ehemaligen KZ-Außenlagerkomplex Landsberg/Kaufering vom April 2016“ (darin drei Szenarien, Seiten 133 bis 185) präferiert der Stiftungsrat der Stiftung Bayerische Gedenkstätten für die KZ-Gedenkstätte Kaufering VII und mit welchen finanziellen Mitteln soll dies bis wann umgesetzt werden?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist sie trotz der bei Beibehaltung der 10H-Abstandsregelung mittlerweile auch von den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) öffentlich gemachten Unmöglichkeit der Installation von 100 zusätzlichen Windkraftanlagen nach wie vor der Ansicht, dass es ohne Abänderung dieser Regelung möglich sein wird, 100 zusätzliche Windkraftanlagen in den kommenden zwei bis drei Jahren im Staatswald zu errichten, wie soll dieses Vorhaben trotz „10H“ und geltender naturschutzfachlicher Vorgaben konkret umgesetzt werden und werden diese Anlagen wirtschaftlich zu betreiben sein?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fördermittel stehen aktuell im Entschädigungsfonds zur Verfügung, in welcher Höhe wurden bisher Negativzinsen auf die Mittel des Entschädigungsfonds bezahlt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren) und wie hoch sind die Anzahl und die jeweils beantragte Summe der sich aktuell in Bearbeitung befindenden Anträge (bitte Anträge aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Orientierung wird sie einzelnen Kommunen für ihre Planung geben, damit die bayernweit geplante Richtgröße zur Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 5 Hektar pro Tag insgesamt erreicht werden kann, erwägt die Staatsregierung verbindliche Regelungen zum Flächenverbrauch, sofern die Richtgröße nicht innerhalb einer bestimmten Zeit tatsächlich erreicht würde, und sieht sie die Chancen für wirtschaftliche Entwicklung und die Einhaltung des Verfassungsziels der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen bei einem bayernweiten Flächenverbrauch von 5 Hektar pro Tag gewahrt?